

Unterstützung für Lötschberg-Komitee

Hauptstadtregion Schweiz Der Vorstand des Vereins Hauptstadtregion Schweiz begrüsst die Initiative der Kantone Bern und Wallis zur Gründung des Lötschberg-Komitees. «Die Ziele des heute gegründeten Lötschberg-Komitees decken sich mit jenen des Vereins Hauptstadtregion Schweiz im Verkehrsbereich: Eine hohe Kapazität des Bahnhofs Bern und ein leistungsfähiges Bahn-System sind für die Entwicklung der Hauptstadtregion von grosser Bedeutung», schreibt der Verein in einer Medienmitteilung.

Der Verein Hauptstadtregion Schweiz habe sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die gemeinsame Identität der Kantone und Städte innerhalb der Hauptstadtregion zu stärken und die Vernetzung zu verbessern, um das gemeinsame Potenzial optimal zu nutzen. Gleichzeitig will der Verein die Nähe zur Politik vermehrt als wirtschaftliches Kapital nutzen und die damit verbundene Wertschöpfungskette stärken.

Unterstützung zugesichert

Wichtige Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung der Hauptstadtregion sei eine gut ausgebaute, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, hält der Verein Hauptstadtregion Schweiz fest. Die Ziele des neu gegründeten Lötschberg-Komitees deckten sich, wie es in der Medienmitteilung heisst, mit jenen des im Dezember 2010 gegründeten Vereins Hauptstadtregion Schweiz. «Der Vorstand des Vereins Hauptstadtregion Schweiz begrüsst daher die Gründung des Lötschberg-Komitees und sichert ihm die politische Unterstützung zu.»

Schwerpunkte 2011 des Vereins

In seinem Arbeitsprogramm setzt der Verein für das laufende Jahr im Verkehr denn auch folgende Schwerpunkte:

- Bahnsystem der Hauptstadtregion: Optimierung des ÖV-Gesamtsystems durch gezielte und abgestimmte Ergänzungen des Angebots und der Bahninfrastruktur.
- ÖV-Knoten Bern: Unterstützung des Projekts «Zukunft Bahnhof Bern» durch gemeinsame Lobbyarbeit auf Bundesebene.

Kanton Solothurn prominent vertreten

Der Kanton Solothurn ist ein Gründungsmitglied des Vereins Hauptstadtregion Schweiz, zusammen mit den Kantonen Bern, Freiburg, Neuenburg und Wallis sowie 17 Gemeinden und drei Regionalorganisationen. Der Solothurner Stadtpräsident und Nationalrat Kurt Fluri ist Co-Präsident des Vereins, Regierungsrat Walter Straumann ist Vorstandsmitglied. (OTR)

Was soll diese Hetzerei?

Warum nicht sich klar ausdrücken, ohne Andersdenkende zu verhöhnen?

Im SMS-Feedback des OT vom 9. März schrieb Markus Müller aus Wolfwil zur Wahl eines Berner SVP-Vertreters in den Ständerat: «Zum Glück wacht das Volk langsam auf und merkt, dass die Verlogenheit und die Hinterhof-Verschwörungen der Linken dem Land nur schaden! Die Wyss und ihre realitätsfremde Arroganz sind zu Recht versenkt worden.»

Wieder einmal hat es jemand für nötig gefunden, sich nicht vor allem am Erfolg seines Lieblings zu freuen, sondern Beschimpfungen und Herabwürdigungen gegenüber politischen Gegnern auszustossen. Dies ist umso deplatziert, als Ursula Wyss 49,5 der Berner Stimmbewölkerung hinter sich hatte und Herr Amstutz zum Beispiel in der Stadt Bern gerade mal auf 25 Prozent der Stimmen kam.

Nachdem man an dieser Stelle früher anonym sogar Bundesräte des Landesverrates bezichtigen konnte, kann man heute erfreulicherweise SMS nur noch unter seinem Namen veröffentlichen. Geblieben sind aber Äusserungen, die Politiker und Bürger/-innen mit anderen Ansichten herabwürdigen, beleidigen und in den Dreck ziehen. Ich finde solche Hetzschreiben unerträglich.

Niemand muss andere politische Ansichten übernehmen, niemand muss nur herumsäuseln. Aber ist es nicht möglich, klare Worte zu gebrauchen, ohne Andersdenkende zu verhöhnen. Woher nehmen diese Leute zum Beispiel bloss die Idee, nur ihre Ansichten seien schweizerisch? Gerade diese Hetzerei, gerade dieses «Nur-wir-wissen-was-recht-ist» ist gerade das Gegenteil dessen, wofür unser Land weltweit ein gutes Image hat. Solche Texte vergiften unser Zusammenleben. Sie erinnern mich an das «Hesch es Problem?»-Getue gewisser Jugendlicher.

URS HUBER, KANTONSRAAT, OBERGÖSGEN

Schweizer Bürgerrecht als Integrationsvehikel

Zur vom Bundesrat vorgeschlagenen Verkürzung der Einbürgerungsfrist

Der Bundesrat hat dem Parlament die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes unterbreitet. Diese sieht unter anderem eine massiv gekürzte Frist zur Einbürgerung von acht anstatt bisher zwölf Jahren vor. Die vom Bundesrat angestrebte Verkürzung der Einbürgerungsfrist wird primär als Anreizmassnahme für die Integration von Ausländern verkauft. Hierzu zwei Bemerkungen:

Erstens ist das Schweizer Bürgerrecht keine Trophäe, die die Verwaltung für Integration einsetzen darf. Vom Ausländer darf erwartet werden, dass er sich integrieren will, und zwar unabhängig davon, ob er sich dereinst einbürgern lassen will oder nicht. Zweitens hat die Bevölkerung in den letzten beiden ausländerpolitischen Urnengängen (Aus-

schaftsinitiative, Anti-Minarett-Initiative) andere Signale gesetzt als eine beschleunigte Einbürgerung, was den Bundesrat offenbar nicht zu kümmern scheint. Dies ist kein gutes Zeichen für die Ausländerpolitik in der Schweiz.

Die Schweiz ist das Land mit der prozentual grössten Einwanderung in Europa. Und sie bürgert Jahr für Jahr im Vergleich zu sämtlichen EU-Staaten (EU 27) mit Abstand am meisten Ausländer ein. Pro 1000 Einwohner bürgert die Schweiz 5,8 Ausländer ein. Deutschland zum Beispiel 1,2, Frankreich 2,1, Italien 0,9 und Österreich 1,2 Ausländer pro 1000 Einwohner. Dies alles im Kontext zu einem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung der Schweiz von 22,0 Prozent (Deutschland 8,8 Prozent, Frankreich 5,8 Prozent, Italien 6,5 Prozent und Österreich 10,3 Prozent).

Hinzu kommt, dass mit der Personenfreizügigkeit in der EU das Schweizer Bürgerrecht für Deutsche, Franzosen, Italiener und Österreicher tendenziell weniger attraktiv geworden ist. Dies bedeutet, dass das Schweizer Bürgerrecht künftig vor allem von Angehörigen von Drittstaaten wie die Türkei und Serbien angestrebt werden wird.

Die Schweiz ist gegenüber Einwanderung und auch in Sachen Einbürgerungen durchaus aufgeschlossen und gegenüber ihren Nachbarn mit Abstand Spitzenreiterin. Es gibt deshalb keinen Grund, die bewährte Einbürgerungspraxis zu beschleunigen. Im Gegenteil.

COLETTE ADAM, KANTONSRAÄTIN SVP, DERENDINGEN

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Zu manchen Leserbriefen von Befürwortern eines neuen AKW

Es fällt mir auf, dass Pro-AKW-Leserbriefschreiber oft vom AKW entweder den Lohn erhalten oder ihre Rente («Wes Brot ich ess, des Lied ich sing»). Oder aber sie profitieren sonstwie vom AKW.

Neues Thema: Als ich mal einen AKW-Chef darauf ansprach, dass die Liegenschaften im Umkreis des AKW ihren Wert verlieren, antwortete er sinngemäss: «Keine Bange – wir suchen laufend Wohnungen für unsere Mitarbeiter.»

Auch eine Theorie, dachte sich der kleine Schorsch; das passt doch bestens zu unserer modernen Philosophie von Gerechtigkeit: Die Täter werden belohnt, die Opfer bestraft.

GEORG SEGESSENMANN, OBERGÖSGEN

Servir et disparaître

Ruheständige sollen sich nicht öffentlich in die Aktualität einmischen

Verdiente, aber im Ruhestand befindliche Magistraten und Generäle sind immer wieder versucht, ihren

Nachfolgern über die Schultern zu gucken und ihnen bei Abstimmungen gar öffentlich ins Handwerk zu pfeifen. Von bestimmten Medien gebauchpinselt, erreichen sie mit ihrer – ach so hehren – Meinung einen irreführenden Publikumserfolg auf Kosten derjenigen, die in der Verantwortung stehen. Oft bleibt der Verdacht, dass sie mit ihrem gestrigen Erfahrungsschatz eigene begangene Fehler zu rechtfertigen versuchen. Ihr Verhalten zeugt weder von hohem Charakter und erst recht nicht von staatsmännischer Grösse: Einerseits behandeln sie ihre Nachfolger unkollegial und andererseits sind sie illoyal gegenüber dem Staat, aus dessen Napf sie hohe Rentenzahlungen beziehen. Allein die Fairness würde gebieten, dass Ruheständige sich nicht öffentlich in Entscheidungen ihrer Nachfolger einmischen.

GEORGES HÄUSLER, TRIMBACH SO

Gut gebrüllt, Speiser!

«Kurzsichtige Manager», Kommentar von Marcel Speiser, OT, 8.3.2011

Der Frauenanteil von 12 Prozent in den obersten Führungsgremien ist wahrlich nicht gross. Dass dabei aber etwas faul sein sollte, ist weder spektakulär noch erstaunlich. Jede Unternehmung sucht sich seine Führungspersönlichkeiten selber aus. Nach Wissen, Kompetenz oder anderen Kriterien. Warum eine Frau einem Mann vorgezogen werden sollte wenn beide «gleich» qualifiziert sind, ist nicht ersichtlich. Zudem liegt es in der Natur der Sache, dass sich Männer von Kindesbeinen an für den Beruf vorbereiten, also praktisch 100 Prozent der männlichen Arbeitsressourcen zur Verfügung stehen. Bei den Frauen scheidet ein beachtlicher Teil aus, der bewusst auf die Familie setzt. Prozentual also viel weniger als 100 Prozent.

Auf der anderen Seite sollte Herr Speiser das Führungsgremium seines Arbeitgebers (der AZ Medien AG) anschauen. Verwaltungsrat: sechs Männer, null Frauen; Geschäftsleitung sechs Männer, null Frauen; Zeichnungsberechtigte zwölf Männer, null Frauen.

Gut gebrüllt, Speiser, zwölf Prozent wären wahrlich schon spektakulär!

PATRICK KLINGENSTEIN, LOSTORF

Wenn das Miteinander unter den Menschen besser klappen würde ...

Viele Selbstmorde wären zu verhindern

Es ist eigentlich beschämend, dass wir in der Schweiz europaweit, bezüglich der Selbstmorde beinahe an erster Stelle sind. Nachfolgend drei Beispiele von Suiziden, welche ich alle kannte, es ist bei allen Fällen recht viele Jahre her, seit es passiert ist.

Beim ersten Fall handelte es sich

um eine ehemalige Oberschwester einer psychiatrischen Klinik. Sie war dort sehr beliebt gewesen. Als sie dann pensioniert wurde, fiel sie in ein sehr grosses Loch. Sie wohnte in einem grossen Block, hatte dort eigentlich mit niemandem Kontakt. Die Frau war alleinstehend, sie konnte sich mit dem für nichts mehr auf der Welt sein nicht abfinden. Sie stürzte sich in den See. Sie hinterliess einen Brief, in dem sie erwähnte, sie habe einfach keine Mitmenschen mehr gehabt, mit denen sie irgendwelche Gespräche habe führen können. Niemand vom Block hat gemerkt, wie tief unten sie war, denn manchmal würde schon ein ganz gewöhnliches, mitfühlendes Gespräch helfen.

Der zweite Fall war der eines Mannes, der auf einem Bauernhof aufgewachsen war. Er war sehr intelligent, wollte Tierarzt werden, der Vater vergällte ihm diesen Beruf, indem er ihm einfach mitteilte: «Du kannst dann den Hof übernehmen.» Sie waren sehr religiös. Möchte mich richtig verstanden wissen, gegen echtes Gläubigsein habe ich gar nichts einzuwenden, denn ich kenne recht viele solche Leute. Aber die Leute waren, wie es hiess, in einer Sekte. Der Mann wurde manisch-depressiv er kam für einige Zeit in eine psychiatrische Klinik. Dort hatte er Psychotherapie und erhielt Psychopharmaka. Nach zirka drei Monaten konnte er wieder nach Hause, musste aber immer wieder in die Klinik. Seine Glaubensgenossen sagten ihm immer wieder: «Du bist vom Satan besessen.» Sie teilten ihm auch mit, dass sie ihn nicht mehr in ihren Kreisen sehen möchten. Das konnte nicht verarbeiten und nahm vom irdischen Dasein Abschied indem er sich vor einen Zug warf.

Der dritte war noch sehr jung, als er sich mit der Waffe erschoss. Er hatte krankhaft religiös veranlagte Eltern, die ihm immer wieder sagten: «Das und das und das darfst du nicht machen, das ist eine Sünde, weisst du, das hat der Heiland nicht gern und du kommst mal nicht in dem Himmel.» Auch dieser Bursche kam in eine psychiatrische Klinik, denn er hatte regelrecht religiöse Wahnideen. Bevor er sich erschoss, schrieb er noch einen Brief an die Eltern, in dem er ihnen mitteilte, er habe einfach nicht mehr gewusst, wie er noch leben sollte. Dieser Selbstmord hätte nicht sein müssen.

Ich behaupte, dass man auch heute noch viele Selbstmorde verhindern könnte, wenn das Miteinander unter den Menschen besser klappen würde.

WILLY KÜNZLI, EGERKINGEN

Leserbriefe

Leserbriefe sind als Meinungsäusserungsgefäss für die OT-Leserschaft gedacht. Sie verpflichten die Redaktion zu nichts. Leserbriefe dürfen nicht ehrverletzend sein. Sie müssen mit vollem Namen und Angabe des Wohnorts des gezeichneten sein. Die Obergrenze liegt bei 100 Druckzeilen. (OTR)

Fahrzeugmarkt

Park-Garage Härtsch AG

Perfektion trifft auf Dynamik.

Park-Garage Härtsch AG